

Berliner Büro  
Pressestelle

Reinhardstraße 13  
10117 Berlin

Ihre Ansprechpartnerin  
Claudia Beck  
Telefon-Durchwahl 030 28 44 47-43  
Telefax 030 28 44 47-55  
Claudia.Beck@caritas.de  
www.caritas.de

## Statement

*Es gilt das gesprochene Wort!*

### **Pressekonferenz 14. Delegiertenversammlung Donnerstag, 16. Oktober 2014, Fulda Statement Präsident Prälat Dr. Peter Neher**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Interesse an der Arbeit des Deutschen Caritasverbandes. Mehr als 170 Frauen und Männer aus Diözesan- und Orts-Caritasverbänden, aus den Fachverbänden und den Ordensgemeinschaften haben sich in den vergangenen Tagen in Fulda zur diesjährigen Delegiertenversammlung getroffen. Neben verbandspolitischen Anliegen haben uns auch sozialpolitische Themen beschäftigt.

#### **Die Herausforderungen des demografischen Wandels**

Eines der großen Zukunftsthemen in Deutschland ist der demographische Wandel. Die Bevölkerung wird schrumpfen, deutlich altern und der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund wird steigen. Die Auswirkungen dieses Wandels werden sich besonders in den zu erwartenden unterschiedlichen Entwicklungen von Städten und ländlichen Räumen zeigen.

Sichtbar werden die Veränderungen beispielsweise bei der Energie- und Wasserversorgung, der Post- und Telekommunikation, bei Verkehr, Kultur sowie bei sozialen und gesundheitsbezogenen Dienstleistungen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die in einigen ländlichen Regionen schrumpfende und überwiegend ältere Bevölkerung den Staat bzw. die Kommunen, aber auch Verbände wie die Caritas vor neue Herausforderungen stellt. Dies wird beispielsweise im Bereich des öffentlichen Verkehrs sowie bei Gesundheit und Pflege sichtbar. Im kommenden Jahr werden wir uns daher in besonderer Weise mit der „Zukunft auf dem Land“ beschäftigen. So wird die Caritas-Kampagne 2015 Projekte und Modelle vorstellen, mit denen die Caritas vor Ort auf die veränderten Bedingungen im ländlichen Raum reagiert und teilweise auch die Auswirkungen auf die Städte aufgreift. Diese Kampagne ist eingebettet in die Caritas-Initiative „Den demografischen Wandel gestalten“, mit der wir uns in den Jahren 2015 bis 2017 mit grundlegenden Fragen der demografischen Entwicklung auseinandersetzen und Lösungsansätze entwickeln wollen.

#### **Lebensmittelausgaben/Tafeln in katholischer Trägerschaft**

Zu den Grundrechten in Deutschland gehört es, dass jeder hilfebedürftige Mensch Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum hat. Zu diesem garantierten Existenzminimum gehört ohne jeden Zweifel eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln. Dies muss über

sozialstaatlich vereinbarte Ansprüche garantiert werden und darf nicht von der privaten Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger abhängig sein. Die Caritas tritt daher entschieden für eine sozialstaatlich garantierte Existenzsicherung ein, in der die Versorgung mit Lebensmitteln durch die Regelsätze gesichert ist.

Und doch sind Lebensmittelausgaben und Tafeln eine Realität in unserem Land. Die Existenz der Tafeln macht zwei Phänomene deutlich: Zum einen zeigt der Zulauf, dass es Lücken in der Existenzsicherung gibt, die dazu führen, dass Menschen auf die Angebote der Tafeln angewiesen sind. Zum anderen wird hier das große Engagement von Bürgerinnen und Bürgern sichtbar, die Menschen in Not helfen wollen – auch und gerade aus einem christlichen Ethos heraus.

Zur Forderung nach einer ausreichenden Existenzsicherung gehört die Forderung nach einer konstruktiven Sozialpolitik, die Tafeln als Teil der Versorgung von Menschen in Armut tendenziell überflüssig macht. Die Arbeit der Tafeln muss dazu in eine integrierte Armutspolitik eingebunden werden. Das Wissen und die Information, die dort über die Lebenslagen und die Armut der Menschen vorhanden sind, muss in die Öffentlichkeit getragen und in die Politik weitergegeben werden, um Veränderungen für die Nutzer von Tafeln zu erreichen.

Dazu gehört auch, dass sich die Angebote der Caritas nicht auf die Verteilung von Lebensmitteln beschränken. Tafeln in katholischer Trägerschaft sollen die Nutzer bei der Geltendmachung ihrer Rechte unterstützen und die Selbsthilfekräfte stärken. So ist es wichtig, die Ausgabe von Lebensmitteln mit weitergehenden Angeboten zu verbinden, beispielsweise mit Beratungsdiensten oder Begegnungsmöglichkeiten. Auch die Vernetzung mit den Pfarrgemeinden, mit Stadtteilzentren und anderen Angeboten können dazu beitragen, Menschen zu befähigen, ihre eigenen Fähigkeiten weiter zu entwickeln.

Tafeln haben sich bundesweit zu wichtigen Anlaufstellen für Menschen in Armut entwickelt. Die Menschen, die sich hier ehrenamtlich engagieren, erleben dies jeden Tag. Ihre Bereitschaft, für Menschen in Not da zu sein und diese durch ihre Tätigkeit in der Tafel zu lindern, ist unbedingt zu würdigen. Ihr Bestehen ist jedoch ein Indikator für Mängel in der Existenzsicherung, die nicht einfach hingenommen werden dürfen.

### **Bürgerschaftliches Engagement im Verständnis der Caritas**

Eine funktionierende Bürgergesellschaft zeigt sich gerade in der Zahl der Menschen, die sich freiwillig und ehrenamtlich engagieren. Bürgerschaftliches Engagement darf dabei nicht auf seinen vordergründig gesellschaftlichen Nutzen reduziert oder gar als Ersatz für notwendige sozialstaatliche Leistungen missverstanden werden. Immer wieder wird über die abnehmenden Handlungsspielräume des Staates diskutiert. So entsteht der Eindruck, der Sozialstaat würde abgebaut und Ehrenamtliche sehen sich mit dem Vorwurf konfrontiert, sie ließen sich für die Interessen des Staates instrumentalisieren. Bürgerschaftliches Engagement ist kein Ersatz für sozialstaatliches Handeln; andererseits aber kann es dieses ergänzen und Wege dazu öffnen. Aufgabe des Staates ist es, Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass bürgerschaftliches Engagement unabhängig von sozialer Herkunft und wirtschaftlicher Stellung möglich wird. Bund, Länder und Kommunen aber auch Verbände und Stiftungen fördern auf vielfältige Weise freiwilliges Engagement. Um das Ehrenamt nachhaltig zu stärken, ist neben der Unterstützung von Projekten eine kontinuierliche Absicherung einer Engagement fördernden Infrastruktur notwendig. So hat die Caritas mit ihren Freiwilligen-Zentren, Stadtteiltreffs und Mehrgenerationenhäusern vernetzte Strukturen vor Ort geschaffen, die als Anlaufstellen für Engagement bereite Bürgerinnen und Bürger funktionieren.

Eine Gesellschaft lebt davon, dass sich Menschen für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen engagieren. Es ist daher die Aufgabe von Staat und Politik, die Rahmenbedingungen zu schaffen und sich gleichzeitig ihrer nachrangigen subsidiären Funktion bewusst zu sein.

Selbst für die Arbeit der Caritas kann das bedeuten, dass sie weniger als Initiator, Macher und Anbieter gefragt ist, sondern als solidarischer Bündnispartner. Und im konkreten Einzelfall können freie Initiativen den Vorrang haben, die es nach Kräften zu unterstützen gilt – und das verbandliche Interesse hintan zu stellen. Auch in diesem Sinn gehören Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement zum Grundverständnis der Arbeit der Caritas.

#### **Die Gräuel des Sommers 2014**

Vor drei Jahren war ich im Rahmen einer Delegation der Deutschen Bischofskonferenz selbst im Nordirak. Schon damals war die Lage sehr fragil. Viele Tausende haben nun den Weg auf sich genommen, um dem Terrorregime Islamischer Staat zu entgehen, für den ein Menschenleben, zumal ein christliches, nichts ist. Doch das Christentum gehört zum Orient, und ich erwarte von allen politisch wie religiös für den Islam Verantwortlichen, dass sie ein klares öffentliches Bekenntnis für die christliche Präsenz im Nahen und mittleren Osten ablegen und gegen den Terror des IS.

Das Auslandshilfswerk des Deutschen Caritasverbandes, Caritas international, hat dringend zu einer Ausweitung der Unterstützung für Vertriebene im Irak und für Flüchtlinge aus Syrien aufgerufen. Im Irak versorgen Caritas international und Diakonie Katastrophenhilfe mit ihren Partnern mehr als 100.000 Flüchtlinge und Vertriebene. Caritas international arbeitet seit langem im Irak und leistet mit seinen irakischen Partnerorganisationen Nothilfe für Flüchtlinge aller Glaubensrichtungen. In den umkämpften Regionen ist Hilfe allerdings nur unter großen Gefahren möglich. Aus den Caritas-Zentren in Alquosh, in Qaraqush und in Bartillah mussten Flüchtlinge wie Mitarbeiter Hals über Kopf fliehen, als die Terrorgruppen die Städte eroberten.

Aber es ist nicht nur das barbarische Ende des vor wenigen Jahren hoffnungsvollen arabischen Frühlings, das uns erschüttert. Die Annexion der Krim durch Russland und der Abschuss eines Passagierflugzeuges im Osten der Ukraine sind Zeichen eines neuen ungelösten Konfliktes letztlich zwischen Europa und Russland – und das 75 Jahre nach Beginn des 2. Weltkrieges. Auch für die Betroffenen des Konflikts in der Ukraine wird die deutsche Caritas die Nothilfe deutlich ausweiten. Geplant ist, Flüchtlinge sowohl in der Ukraine als auch in Russland zu unterstützen. Wichtig dabei ist, die Spannungen zwischen Flüchtlingen und der Bevölkerung an den Aufnahmeorten abzubauen. Gleichzeitig sollen Rückkehrer in sichere Gebiete Unterstützung erhalten, wenn sie ihre Häuser und Wohnungen wiederaufbauen wollen.

Und schließlich rafft in Westafrika ein Virus Menschen dahin, die ihm völlig schutz- und hilflos ausgeliefert sind. Gegenstand entschlossenen Handelns bei uns wurde die Ebola-Infektion erst, als die ersten Infektionen auch in Ländern des Nordens auftraten. Es ist erschütternd, wie viele Monate wir dem Sterben und der Ausbreitung des Virus zugesehen haben; als wären das Leben in Westafrika weniger wert als anderswo.

Angesichts dieser vielen Konflikte und Krisen muss uns hier in Deutschland bewusst sein, dass die Zahl der Flüchtlinge weiter zunehmen wird. Die Politik hat zu lange gewartet, sich dieser Tatsache zu stellen. Die Kommunen, welche die Flüchtlinge aufnehmen, müssen dringend unterstützt werden. Alle müssen zusammenwirken – der Bund, die Länder, die Kommunen, die Wohlfahrtsverbände – um angemessene Unterkünfte und eine entsprechende Betreuung für die Flüchtlinge sicherzustellen. Die Menschen haben teilweise furchtbare Dinge erlebt, sie brauchen unseren Schutz. Wir sind verpflichtet, diesen Schutz zu gewähren.